

Wie Putin seinen Sowjet-Traum zerstört

Stand: 28.03.2022 | Lesedauer: 6 Minuten



Von **Philip Volkmann-Schluck**
Redakteur Außenpolitik



Quelle: Bloomberg/Andrey Rudakov; dpa/Sputnik/Alexei Druzhinin; Montage: Infografik WELT

Putin träumt beim Ukraine-Krieg von der Renaissance der Sowjetunion. Aber sein Krieg bewirkt das Gegenteil. Mit Kasachstan sagt sich eine erste wichtige Ex-Sowjetrepublik von Russland los – und will sich dem Westen zuwenden. WELT hat exklusiv mit Regierungsvertretern gesprochen.

Es ist nicht mal drei Monate her, dass der Präsident von [Kasachstan](#) ([/debatte/kommentare/article236082288/Unruhen-in-Kasachstan-Moskau-ist-nur-stark-wo-es-destruktiv-ist.html](#)) den Kreml gebeten hat, in seinem Land einzumarschieren. Im Januar, kurz vor Russlands Angriff auf die Ukraine, erschütterten Aufstände den riesigen Staat in Zentralasien. Zehntausende Bürger protestierten gegen hohe Preise für Flüssiggas, das sie fürs Kochen, Heizen und Autofahren brauchen. Ein Energieträger, den es in Kasachstan eigentlich im Überfluss gibt, aber an dem nur wenige verdienen. Militante Gruppen griffen Polizeistationen und den Flughafen der Hauptstadt an. Staatschef Qassym-Schomart Toqajew befürchtete einen Putsch. Er rief das von Russland dominierte Bündnis OVKS zu Hilfe, die Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit ist ein Pakt ehemaliger Sowjetstaaten.

Wladimir Putin reagierte innerhalb weniger Stunden – und in einem seltenen Moment schaute die Weltöffentlichkeit auf Kasachstan ([/politik/ausland/article236180868/Kasachstan-Die-sonderbaren-Gruende-warum-das-Chaos-ausbrach.html](#)). Moskau entsendete eine Eingriffstruppe. Laut offiziellen Zahlen starben bei den zweiwöchigen Unruhen mindestens 250 Menschen, Tausende wurden verhaftet. Bis heute liegt vieles im Dunkeln. Das brutale Vorgehen des Staates. Aber auch, wer am bewaffneten Teil des Aufstandes beteiligt war. „Landesverräter“, behauptet die Regierung.

Die Intervention der OVKS-Truppe ist beispiellos in der Geschichte nach dem Ende der Sowjetunion. Experten

befürchteten im Januar, dass Putin seine Truppen aus dem an Erdöl, Gas und Rohstoffen reichen Land nicht wieder abziehen würde. Es wäre eine Zäsur gewesen, wenn der Kreml das 1992 geschlossene Bündnis genutzt hätte, um seinen Stiefel in Zentralasien stehen zu lassen. Zu seiner Strategie hätte es gepasst: Als Putin kürzlich im voll besetzten Moskauer Stadion eine Patriotenparty veranstaltete, ließ er auch Lieder singen, die Kasachstan als Teil Russlands aufzählen.

Es kam anders. Putin zog die Truppen schnell wieder ab (</politik/ausland/article236212470/Sozial-wichtige-Objekte-Russland-uebergibt-Objekte-in-Kasachstan-und-bereitet-Abzug-vor.html>). Heute scheint klar: Neben der Ukraine wollte sich der Kreml-Chef keine weitere Front leisten. Und in Kasachstan versucht man jetzt, von der Moskauer Schutzmacht abzurücken, mit der man eine 7000 Kilometer lange Grenze teilt.

Die Schockwellen von Putins Krieg in der Ukraine haben die gesamte Region erreicht. Kasachstan, aber auch die Nachbarländer Aserbaidschan und Usbekistan stellen sich im Krieg nicht auf die Seite des Kreml. Bei den Vereinten Nationen haben sie sich einer Verurteilung Russlands enthalten. Auf der Landkarte Zentralasiens sind diese Länder nicht mehr als klare Verbündete einzuzeichnen.

Kasachstan lieferte Hilfsgüter an die Ukraine, seine Botschaft in Lwiw (</politik/ausland/video237805913/Ukraine-Krieg-WELT-Reporterin-Tatjana-Ohm-zu-den-Luftangriffen-nahe-Lwiw.html>) ist weiter offen. Wohl nicht nur aus humanitären Gründen, man will unter keinen Umständen unter westliche Sanktionen fallen. In Kasachstan, das künftig eine tragende Rolle bei der Versorgung des Westens mit fossiler Energie einnehmen könnte, steht die ohnehin wackelige Stabilität auf dem Spiel.

Anruf in Nur-Sultan, der Hauptstadt Kasachstans. Der Vize-Außenminister Kasachstans, Roman Vassilenko, spricht mit WELT über die „komplizierte Lage“, in der sich sein Land befindet. Er ist seit Ende Januar frisch im Amt, überhaupt hat die Regierung seit dem Aufstand viele neue Gesichter. Vassilenko spricht über die Antwort der Regierung auf die Aufstände, ein politischer Aufbruch mit dem Namen „Neues Kasachstan“.

Parlament, Demokratie und Rechtsstaat sollen gestärkt, die Teilhabe der Bevölkerung am wirtschaftlichen Reichtum des Landes verbessert werden. „Der Staat soll zuerst dem Bürger dienen, nicht der Bürger dem Staat“, so lautet die Vision seines Präsidenten. Das, betont er, sei ein sehr westliches Konzept. Vassilenko erinnert daran, dass Kasachstan im Dezember „mit viel Stolz“ den 30. Unabhängigkeitstag von der Sowjetunion gefeiert habe.

Größte Exportpipeline läuft durch Putins Land

„Wenn es wieder einen Eisernen Vorhang gibt, dann wollen wir nicht dahinter sein. Deshalb hoffen wir, dass er nicht wieder fallen wird“, sagt Vassilenko. Er betont: „Wir ergreifen diese Schritte und politischen Reformen nicht, um irgendjemandem zu gefallen, auch nicht dem Westen. Sondern weil unser Präsident weiß, dass es der einzige Weg nach vorne ist.“

Ohne Reformen wäre der nächste Aufstand wohl auch in normalen Zeiten nur eine Frage der Zeit gewesen. Laut der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG besitzen nur 162 Personen mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens des Landes. Nun aber treffen die westlichen Sanktionen mit Russland ihren mit Abstand wichtigsten Handelspartner. Die Landeswährung Teng ist abgestürzt, Preise steigen. Noch verhindern Dollars der Nationalbank den freien Fall, aber die wichtigste Einnahmequelle droht zu versiegen.

Die größte Exportpipeline des Landes für Öl läuft durch Putins Land. Kasachisches Öl wird mit russischem Öl gemischt, das macht die Sache kompliziert. Aber auch die Lebensgrundlage der Menschen fern der Energie-Branche ist bedroht: Weil russische Unternehmen aufgrund der Ukraine-Sanktionen ihre Produkte nicht mehr im Westen verkaufen dürfen, werden sie die Länder in Zentralasien mit Exporten fluten. Die lokalen Unternehmen Kasachstans dürften diese Konkurrenz des großen Nachbarlandes kaum überstehen.

Abrücken von Russland, zudem ein Schritt in Richtung Teilhabe und Demokratie: Beide Schritte scheinen aus Kasachstans Sicht unvermeidlich. Und beide Entwicklungen werden Russland nicht gefallen. Gefährlich ist das auch, weil die – ebenfalls an Kasachstan angrenzende – Supermacht China ([/politik/ausland/plus237494979/China-und-Russland-Was-Peking-im-Ukraine-Krieg-wirklich-will.html](https://www.welt.de/politik/ausland/plus237494979/China-und-Russland-Was-Peking-im-Ukraine-Krieg-wirklich-will.html)) seit Jahrhunderten interessiert auf die Bodenschätze des Landes blickt.

Was geschieht ohne Russlands Schutz? Bisher stellte man sich einfach mit beiden Nachbarn gut. Wenn beide Nachbarn etwas vom Kuchen abbekommen, würden sie Kasachstan seine Autonomie lassen, diese Grundannahme galt seit Ende der Sowjetunion. „Multivektor-Außenpolitik“ heißt das offiziell. Entwickelt wurde sie vom amtierenden Präsidenten Qassym-Schomart Toqajew, der seit Jahrzehnten in der Regierung ist und zu Sowjetzeiten in Moskau und Peking ausgebildet wurde, also stets beste Kontakte zu beiden Seiten hatte.

„Wir sehen die Krise auch als eine Chance“, sagt der stellvertretende Außenminister Vassilenko und hebt das „gute Investitionsklima“ in Kasachstan hervor, um für westliche Unternehmen zu werben. „Wir wollen nicht, dass Unternehmen und Investoren hierherkommen, nur um die Sanktionen gegen Russland zu umgehen“, sagt er. „Aber alle Unternehmen mit gutem Ruf, die ihre Produktion hierher verlagern wollen, sind willkommen.“

Tatsächlich haben Brüssel und Berlin angekündigt, Gas- und Öllieferungen über die Pipeline aus Kasachstans Nachbarland Aserbaidschan hochzufahren, um Importe aus Russland zu ersetzen. Zudem brauchen viele westliche Unternehmen, die bisher in Russland tätig waren, künftig wohl einen neuen Standort. Neben der Pipeline über Russland verfügt das Land noch über zwei Pipelines nach China, zudem eine in Richtung Westen über Aserbaidschan. Im Süden transportieren Tanker das Öl über das Kaspische Meer in Richtung Westen.

Nur: So schnell, wie sie jetzt wollen, werden Kasachstan und die einstigen Sowjetrepubliken in Zentralasien nicht von Russland loskommen. Von einem echten Aufbruch in Richtung Demokratie kann noch keine Rede sein. Das US-Magazin „Foreign Policy“ berichtet über anhaltende Folter und Menschenrechtsverletzungen infolge der Aufstände im März. Kasachstan-Experte Temur Uranov vom unabhängigen Thinktank Carnegie Moscow Center hält den Wunsch für glaubhaft, unabhängig von Russland zu werden: „Von allen Ländern in Zentralasien leidet Kasachstan besonders unter den Folgen des Ukraine-Krieges.“

Aber die über Jahrzehnte etablierten wirtschaftlichen und politischen Verbindungen zu Russland können nicht so schnell abgebrochen werden“, sagt Uranov zu WELT. Das sei eine Frage von Jahren. Zu den angekündigten politischen Reformen sagt er: „Es werden künftig mehr gesellschaftliche Gruppen teilhaben an politischen Entscheidungen. Aber Kasachstan wird ein autoritärer Staat bleiben.“

Die WELT als ePaper: Die vollndige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/237816257>